



**Europäische
Bewegung
Deutschland**

EBD-Politik 2020/21

Beschluss der EBD-Mitgliederversammlung am 30. Oktober 2020 – Kurzfassung

Die EBD-Politik 2020/21 bildet den inhaltlichen Rahmen der politischen Arbeit des Netzwerkes. Sie gliedert sich in drei Themenbereiche zu zentralen Herausforderungen der Europapolitik und ist die Basis für die **Prioritäten**, die die EBD schwerpunktmäßig behandelt.

Themenbereich: Europäische Demokratie vertiefen

Eine lebendige europäische Demokratie ist die unbedingte Grundlage für eine friedvolle Zukunft und gute europäische Politik von und für alle Bürgerinnen und Bürger in der EU. Besonders in Zeiten, in denen europäische Demokratie sich zunehmend im digitalen Raum vollzieht, muss sie repräsentativ, pluralistisch und transparent gestaltet sein und auf der Einhaltung und Förderung europäischer Werte und Grundrechte basieren.

Europäische Werte und Grundrechte achten | Die EU muss sich stärker für die Achtung der Europäischen Werte und der Rechtsstaatlichkeit in den Mitgliedstaaten und den Beitrittskandidaten einsetzen. Verletzungen müssen wirksame Gegenmaßnahmen, wie Haushaltskürzungen und Sanktionen auf Basis von Art. 7 EUV bzw. Vertragsverletzungsverfahren, zur Folge haben.

Parlamentarismus und pluralistische Demokratie stärken | Eine lebendige und vertrauenswürdige europäische Demokratie braucht starken Parlamentarismus und Pluralismus. Diese sollen insbesondere durch eine Stärkung des Europaparlaments im Gesetzgebungsprozess der EU, ein kohärentes europäisches Wahlrecht und bessere demokratische Beteiligungsmöglichkeiten gefördert werden.

Digitale Dialogkultur und Medienpluralismus fördern | Die EU und ihre Mitgliedstaaten sollen zur aktiven und selbst-

bestimmten Gestaltung der Digitalisierung der europäischen Demokratie beitragen. Sie müssen eine gute Balance zwischen der Förderung der Meinungsvielfalt und der Bekämpfung von Desinformation, Echokammern und Hassrede in der digitalen Debatte finden. Investigativer Journalismus und Medienvielfalt müssen gestärkt werden.

Jugend stärken | Junge Menschen müssen gefördert und als politisch Handelnde anerkannt werden. Zu diesem Zweck müssen Jugendstrukturen europaweit und die politische Teilhabe junger Menschen, insbesondere durch verbindliche Partizipation in der EU-Jugendpolitik, gestärkt werden.

Gleichstellung der Geschlechter voranbringen | Die EU-Gleichstellungsstrategie 2020-2025 soll zeitnah umgesetzt werden. Außerdem muss die Istanbul-Konvention des Europarats durch die EU und ihre Mitgliedstaaten vollständig ratifiziert werden.

EU-Rechtsetzung transparent gestalten | Öffentlicher und parlamentarischer Wettstreit ist ebenso Teil pluralistischer Demokratie wie Lobbyismus. Beides kann jedoch nur im Kontext größerer Transparenz zu mehr Demokratie und Legitimation in der EU-Rechtsetzung beitragen. Die EU-Rechtsetzung soll daher transparenter und nachvollziehbarer gestaltet werden. Dies schließt auch die Offenlegung externer Einflüsse und die Reduzierung von informellen Trilogen ein.

Deutsche Europapolitik modernisieren | Europapolitik ist Innenpolitik. Die Bundespolitik soll über den deutschen Ratsvorsitz hinaus proaktiv handeln und sich an europäischen Interessen orientieren. Die deutsche Europapolitik muss von Grund auf modernisiert werden, damit diese unter der Koordination einer Bundesministerin oder eines Bundesministers kohärenter und strategischer agiert und gesellschaftlich wie auch parlamentarisch fest verankert ist. Einbahnstraßendenken der deutschen Diplomatie wird zugunsten einer European Public Diplomacy aufgegeben.

EU-Haushalt demokratisch und transparent gestalten | Demokratische Grundsätze und europäische Werte müssen sich im Mehrjährigen Finanzrahmen der EU widerspiegeln. Der EU-Haushalt soll transparent, zukunftsorientiert und demokratisch gestaltet werden. Die Mittelvergabe muss an rechtsstaatliche Prinzipien in den Mitgliedstaaten geknüpft und die Einnahmen sollten zukünftig noch stärker durch neue Eigenmittel generiert werden.

Themenbereich: Globales Europa gestalten

Der Erfolg der EU ist eng mit dem Erhalt der regelbasierten, multilateralen Ordnung verknüpft. Als Friedens-, Freiheits- und Einheitsprojekt trägt Europa daher die Verantwortung, Stabilität und nachhaltigen Wohlstand global zu fördern, Grenzen zu überwinden und demokratische Werte, rechtsstaatliche Prinzipien und Menschenrechte, wie das Recht auf Asyl, weltweit zu verteidigen.

Europäische Außen- und Sicherheitspolitik vertiefen |

Die EU muss in ihrer außen- und sicherheitspolitischen Handlungsfähigkeit gestärkt werden, um ihre Interessen und Werte zu wahren. Die Mitgliedstaaten sollen qualifizierte Mehrheitsentscheidungen im Rat für Auswärtige Angelegenheiten ermöglichen und geschlossen für eine regelbasierte multilaterale Weltordnung und faire Handelspartnerschaften eintreten.

Grenzen in Europa abbauen | Die Freizügigkeit im Schengen-Raum und vielfältige länderübergreifende Kooperationen sind Symbole der europäischen Einigung. Daher soll das fortschreitende Aushöhlen von Schengen unterbunden werden. Zudem muss die EU den Beitrittsprozess mit dem Westbalkan vorantreiben und im Rahmen einer echten European Public Diplomacy mit allen gesellschaftlichen Kräften breit diskutieren.

Migrations- und Asylpolitik auf Basis europäischer Werte gestalten | Das Gemeinsame Europäische Asylsystem muss grundlegend reformiert werden, damit die EU ihren Anspruch als Wertegemeinschaft gerecht wird. Dies bedeutet die Schaffung legaler Migrationswege, einheitlicher und menschenwürdiger Anerkennungs- und Unterbringungsstandards wie auch positiver Anreize zur Aufnahme von Geflüchteten. Die EU muss zudem durch kohärente Politik und multilaterale Lösungen Fluchtursachen engagiert bekämpfen.

Themenbereich: Europa zukunftsfähig machen

Die Covid-19-Pandemie gibt der EU die Chance, Europa im digitalen und grünen Wandel zukunftsfest zu gestalten. Europäische Politik muss die Ziele einer wettbewerbsfähigen und resilienten Wirtschaft mit den Ambitionen einer ökologisch nachhaltigen und sozial gerechten Zukunft in Einklang bringen.

Bildungspolitik modern und inklusiv gestalten | Nachhaltiger Wandel beginnt mit einer zukunftsgerichteten, ganzheitlichen und inklusiven Bildungspolitik. Berufliche Bildung und politische Bildung – insbesondere Europabildung – müssen gestärkt und der Zugang zu europäischen Austausch- und Lernprogrammen für alle verbessert werden.

Ökologischen Wandel gestalten | Im Dialog mit den Sozialpartnern und gesellschaftlichen Kräften muss die EU die Leitziele der Klimaneutralität und Nachhaltigkeit umsetzen. Die EU soll sich für eine langfristige SDG-Strategie, eine offene Debatte zur Verschärfung der Pariser Klimaziele für 2030 und einen weltweit verbindlichen, ambitionierten Rahmen zum Biodiversitätsschutz einsetzen.

Digitale und resiliente Zukunft gestalten | Die EU muss ihre digitale Souveränität durch die Verwirklichung des digitalen Binnenmarktes, einen sicheren Rechtsrahmen und gezielte hohe Investitionen in Forschung, Entwicklung und Infrastruktur stärken. Zudem muss sie bestehende Handelshemmnisse im europaweiten Waren- und Dienstleistungsverkehr beseitigen, die Banken- und Kapitalmarktunion zeitnah vollenden und ihre Resilienz in der strategischen Versorgung ausbauen.

Soziale Gerechtigkeit gestalten | Die EU soll ihr Vertragsziel der wettbewerbsfähigen sozialen Marktwirtschaft mit der Umsetzung der Europäischen Säule sozialer Rechte weiter fest verfolgen. Sie muss die Arbeitslosigkeit bekämpfen und eine gerechte Arbeitswelt im digitalen und ökologischen Wandel fördern, die auf EU-Mindeststandards und starker Sozialpartnerschaft aufbaut.